

OAOEV-Update

Osteuropa – 2020/09

(Stand: 21. Juli 2020)

Sehr geehrte Mitgliedsunternehmen und Partner des Ost-Ausschusses,

mit dem aktuellen OA-Update Osteuropa informieren wir Sie wieder über die Entwicklungen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (außer Moldau).

Zusammenfassung

Die Lage in den Ländern der Östlichen Partnerschaft gestaltet sich mit Blick auf die **Infektionsdynamik** unterschiedlich. In der Ukraine gilt weiterhin ein adaptives Quarantäneregime. Lockerungen werden nach Infektionsgeschehen spezifisch nach Region beschlossen. Nicht alle Regionen des Landes konnten jedoch in diese Phase eintreten. Auch Aserbaidschan verzeichnet landesweit ein weiterhin hohes Infektionsgeschehen. Die Ausgangsbeschränkungen wurden mehrfach, zuletzt bis zum 31. August 2020 ausgeweitet. Darüber hinaus weisen die Fallzahlen in Armenien und Belarus ebenfalls weiter eine ansteigende Dynamik auf. Für alle vier Länder gilt weiterhin eine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes. Allein Georgien verzeichnet weiterhin sehr niedrige Infektionszahlen und wurde von der Liste der Länder mit Reisewarnungen gestrichen.

Neben den Folgen der Corona-Pandemie rückte der eskalierende Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan in den Fokus. Seit dem 12. Juli 2020 finden an der gemeinsamen Grenze beider Länder Gefechte statt.

Detaillierte Informationen zum aktuellen Stand von Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der OA in seinem täglich aktualisierten [Corona-Dossier](#). In einer gesonderten wöchentlichen Übersicht informiert der OA außerdem über die Fallzahlen und Infektionsdynamiken in der Region. Weitere Entwicklungen mit wirtschaftspolitischen Folgen für die fünf Länder sowie Veranstaltungsnachlesen und eine Vorausschau finden Sie in diesem Update.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Wirtschaftspolitik

Ukraine

Das **Infektionsgeschehen** in der Ukraine gestaltet sich weiter dynamisch. Das Quarantäneregime wird nach Auskunft des Gesundheitsministeriums auch über den 31. Juli 2020 hinaus bestehen bleiben. Aktuell befindet sich das Land in der vierten Phase (von fünf Phasen) des adaptiven Quarantäne-Regimes. Nicht alle Regionen des Landes konnten jedoch in diese Phase auf Grund eines weiterhin zu dynamischen Infektionsgeschehens eintreten. Unterschiedliche Bewertungen existieren, wie lange das geltende Quarantäneregime über den 31. Juli 2020 hinaus verlängert werden soll. Präsident Selenskij befürwortet mit Verweis auf die Durchsetzbarkeit, Planbarkeit und die wirtschaftliche Entwicklung eine Verlängerung um höchstens einen Monat bis Ende August.

Nach Einschätzung der Nationalbank der Ukraine (NBU) hat der **ukrainische Bankensektor** die erste Phase der Coronakrise ohne größere Probleme bewältigen können. Möglich sei dies, so die NBU weiter, auf Grundlage der Bankenreform der vergangenen Jahre, regelmäßig durchgeführter Stresstests und gesteigener Anforderungen an Kapital- und Liquiditätsbeständen. Zum Beginn der Lockdown-Regel im Frühjahr wurden für einige Tage erhöhte Geldabhebungen verzeichnet. Dieser Trend konnte jedoch schnell wieder eingeehrt werden.

Nachdem sich die **ukrainische Landeswährung** seit dem September auf einem andauernden Stärkekurs befunden hat und bis zum Frühjahr 2020 mit einem Kurs von 26 bis 28 UHA je Euro notierte, gibt die Währung seit April wieder nach. Dieser Trend gewann im Juli an Dynamik und führte zu einem Kurs von einem Euro zu knapp 31,6 Griwna am 21. Juli 2020.

Die ukrainische Regierung hat angekündigt, dass der **Mindestlohn** in der Ukraine ab dem 1. September 2020 auf 5.000 UHA pro Monat erhöht wird. Bisher gelten 4.723 UHA als Minimum. Weitere Anstiege sind für den 1. Januar 2021 (auf 6.000 UHA) sowie für den 1. Juli 2021 auf dann 6.500 UHA geplant.

Die Zahl **internationaler Flüge** nach und aus der Ukraine steigt weiter. Der Anbieter Wizz Air fliegt seit dem 20. Juli 2020 von insgesamt fünf ukrainischen Städten Ziele an. Der Anbieter plant darüber hinaus, wieder verstärkt Ziele in Italien auf den Flugplan zu nehmen. Anlass ist die Hoffnung, dass ukrainische Arbeitskräfte in absehbarer Zeit wieder nach Italien einreisen dürfen. Nach Schätzung waren vor der Coronakrise rund 400.000 Ukrainer vor allem im Pflegebereich in Norditalien beschäftigt.

Am 21. Juli 2020 soll die **Neuregelung von Einspeisetarifen für Wind- und Solarenergie** im ukrainischen Parlament verabschiedet werden. Die Neufassung sieht die Absenkung der zuvor geltenden Vergütungen um 15 Prozent für Solarstrom und um 7,5 Prozent für Windstrom vor. Die G7-Botschafter in Kiew, Verbände und Investoren hatten vor den Beschlüssen gewarnt, da Großprojekte und Investitionsentscheidungen auf Grundlage der ursprünglichen Einspeisetarife geplant und umgesetzt worden sind.

Das ukrainische Energieministerium plant, verschiedene **Kohleminen des Landes schrittweise zu schließen**. Der Schließungsprozess sollte stufenweise erfolgen und von Unterstützungsprogrammen für einen Strukturwandel der betroffenen Städte und Regionen begleitet werden.

Das ukrainische Parlament hat als **Datum für die Regionalwahlen den 25. Oktober 2020** festgelegt. Ausgenommen sind die Stimmbezirke auf der besetzten Halbinsel Krim sowie in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten der Oblaste Donezk und Luhansk.

Für Aufsehen sorgte der Rücktritt des bisherigen Gouverneurs der **Ukrainischen Nationalbank (NBU)** Jakiw Smolij. Smolij begründete seinen Rücktritt Anfang Juli mit politischem Druck und Angriffen auf die Unabhängigkeit der Nationalbank. Die institutionelle Unabhängigkeit der NBU, so Smolnik in einer Rede vor dem Parlament, sei jedoch noch gegeben. Er sehe diese jedoch bedroht. Die Botschafter der G7-Staaten in der Ukraine äußerten sich besorgt über den Rückzug Smolij's und warnten vor der Untergrabung der Unabhängigkeit der Nationalbank. Die unabhängige Nationalbank sei eine grundlegende Errungenschaft der Ukraine, die Korruption verringerte, ein Wachstumstreiber war und den maroden Bankensektor gerettet habe. Zum **neuen Gouverneur der NBU** wurde Kyryll Schewtschenko ernannt. Präsident und Premierminister betonten nach der Ernennung Schewtschenkos ihre Kooperationsbereitschaft mit der NBU.

In der ukrainischen Regierung wird der Posten eines **Vize-Premiers für strategische Industriezweige** geschaffen. Als Ministerin ist Jewhenija Krawtschuk im Gespräch, die vormalige Leiterin der ukrainischen Weltraumagentur.

Weiterhin gesucht wird ein Kandidat für den Posten des **Vizepremiers und Ministers für die Verteidigungsindustrie**.

Belarus

In Belarus dominierten in den vergangenen Wochen die **anstehenden Präsidentschaftswahlen am 9. August** das Geschehen und die Diskussionen. Die aussichtsreichsten Gegenkandidaten, der ehemalige Bankmanager Viktor Babaryko und der ehemalige Diplomat Valeri Tsepkalo, wurden nicht als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen zugelassen. Babaryko wurde zudem mit einer Untersuchungshaft mit dem Verweis auf Wirtschaftsstraftaten belegt. Nachdem auch der Blogger Sergej Tichanowskij seit Mai in Haft sitzt und nicht als Präsidentschaftskandidat zugelassen worden ist, tritt seine Frau Swetlana Tichanowkaja als Kandidatin der Opposition bei den Wahlen am 9. August 2020 an.

Während eines **intergouvernementalen Treffens der Eurasischen Wirtschaftsunion** am 17. Juli 2020 erklärte der belarussische Premier Golowtschenko, dass in der EAWU noch zu viele Handelsbarrieren existieren würden. Wichtigster Punkt sei die Einigung über einen gemeinsamen Energiemarkt sowie die Einigung über Herkunftsangaben für Produkte. Die weitere Entwicklung gemeinsamer Märkte bis zum Jahr 2025 soll im Herbst in einer gemeinsamen Strategie der beteiligten Länder verabschiedet werden.

Die **Belarussische Entwicklungsbank darf ab sofort auch kommerzielle Investitionsprojekte** direkt abwickeln. Dies beschloss der belarussische Ministerrat. Zuvor arbeitete die Bank hauptsächlich mit staatlichen Programmen. Projekte, die von der Entwicklungsbank finanziert werden können, müssen verschiedene Bedingungen erfüllen. Die Kapitalkosten einschließlich Mehrwertsteuer müssen pro Projekt mindestens 40 Millionen BYN betragen oder eine dynamische Amortisationszeit des Projekts von mindestens sieben Jahren aufweisen. Die Höhe der Finanzierung durch die Entwicklungsbank für solche Projekte beträgt mindestens 85 Prozent der Investitionskosten. Das Darlehen wird für bis zu 15 Jahre gewährt, darf aber nicht länger als die dynamische Rückzahlungsperiode des Projekts laufen. Finanzierungsprodukte sollen in verschiedenen Währungen angeboten werden und auch über ausländische Finanzmittel finanziert werden. Berücksichtigt werden können Projekte mit, aber auch ohne Versicherungsschutz durch Exportkreditagenturen.

Belarus setzt die **Diversifizierung von Ölimporten** weiter fort. Das Land kaufte im Juli eine zweite Charge Öl aus den USA und erwartet die Lieferung für Anfang August über den litauischen Hafen Klaipeda. Des Weiteren wurden auch Chargen in Aserbaidschan eingekauft.

Südkaucasus

In den vergangenen Wochen **spitzte sich die militärische Lage an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan** zu. Die Kampfhandlungen begannen am 12. Juli 2020 und werden zum Teil mit schweren Geschützen geführt. Die Auseinandersetzungen finden nicht im oder um das Gebiet Berg-Karabach statt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist Beobachtern zu Folge die Fortsetzung der Eskalation wahrscheinlich. Der aktuell ausgehandelte Waffenstillstand wird immer wieder verletzt.

Armenien ist weiterhin mit einer **anhaltenden Infektionsdynamik** konfrontiert. Allerdings wurde auf einen erneuten landesweiten Lockdown bisher verzichtet. Es wird regelmäßig an die Eigenverantwortung der Menschen und die Einhaltung von Hygieneregeln appelliert.

Das spanische Unterhaus hat am 16. Juli 2020 das **Vertiefte Partnerschaftsabkommen (CEPA)** mit Armenien ratifiziert. Die Zustimmung des Senates steht noch aus. Um in Kraft treten zu können, müssen noch die Parlamente von Italien und Portugal zustimmen. Die Zustimmungen gelten als sicher. Alle übrigen EU-Mitglieder haben bereits zugestimmt. Das CEPA-Abkommen soll die Zusammenarbeit bei Sicherheitsthemen, Rechts- und Normangleichung sowie beim Infrastrukturausbau und dem Klimawandel vertiefen. Ausgenommen ist ein Freihandelsabkommen, da Armenien Teil der Eurasischen Wirtschaftsunion ist.

Georgien arbeitet weiter daran, den für das Land bedeutenden Tourismussektor mit Blick auf Hygienestandards sicher zu machen. In der Tourismusregion Adscharien, zu der auch der beliebte Tourismusort Batumi zählt, wurden bislang rund 180 Hotels entsprechend zertifiziert.

Positiv für den **Tourismusstandort Georgien** ist sicher auch die Ankündigung der Lufthansa, die Flüge zwischen der georgischen Hauptstadt Tiflis und München ab dem 2. August 2020 wieder aufzunehmen. Die ungarische Low-Cost-Airline WizzAir, die den Flughafen Kutaisi

bedient, hat aktuell noch keine Wiederaufnahme der Flüge angekündigt. Seit dem 8. Juli 2020 hat Georgien reziprok zu Deutschland, Frankreich, Lettland, Litauen und Estland seine Grenzen geöffnet.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) stellt Georgien einen Kredit über 100 Millionen US Dollar zur Verfügung. Die Mittel sollen über die Bank of Georgia zur **Finanzierung der lokalen Privatwirtschaft** ausgegeben werden, um die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Pandemie abzufedern. Nach Angaben der EBRD sollen von der Bank of Georgia Kredite mit verlängerter Laufzeit an Unternehmen vergeben werden, die besonderes Augenmerk auf Kleinstunternehmen und KMUs legen.

Die Infektionslage in **Aserbaidschan** ist weiterhin dynamisch. Die Ausgangsbeschränkungen wurden im Juni und Juli bereits mehrfach verlängert und zuletzt bis zum 31. August ausgeweitet. Das Verlassen der Wohnung ist demnach für drei Stunden nach vorheriger SMS-Genehmigung möglich. Ab dem 21. Juli verkehrt der öffentliche Personennahverkehr in bestimmten Städten und Regionen wieder. Allerdings bleiben Geschäfte, mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften und Apotheken, weitgehend geschlossen.

Die staatliche Airline Azal bietet ab dem 17. Juli 2020 **Flüge zwischen Berlin und Baku** an. Diese werden einmal wöchentlich bis zum 28. August 2020 durchgeführt. Reisende müssen einen negativen Corona-Test mit sich führen, der bei Einreise nicht älter als 48 Stunden ist. Aserbaidschanische Staatsbürger müssen im Besitz einer gültigen Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland sein. Ab dem 1. August 2020 sollen wieder tägliche Flüge zwischen Baku und Istanbul aufgenommen werden. Weiterhin werden die Flugangebote zu anderen europäischen Destinationen ausgeweitet.

Konjunktur

Ukraine: Das ukrainische Statistikamt teilte mit, dass die Warenexporte im ersten Halbjahr 2020 um sechs Prozent (1,6 Milliarden US Dollar) gegenüber dem Vorjahreshalbjahr zurückgegangen sind. Mit Blick auf die Warenimporte sank das Volumen um zwölf Prozent (3,4 Milliarden US Dollar). Das Bruttoinlandsprodukt sank in den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 um 5,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wobei sich nach Angaben des Wirtschaftsministeriums der Rückgang seit Mai verlangsamt.

Belarus: Das Nationale Statistik-Komitee teilte mit, dass das Bruttoinlandsprodukt von Belarus im Vergleich zum Vorjahr zwischen Januar bis Juni 2020 um 1,7 Prozent schrumpfte.

Georgien: Die georgische Statistikbehörde hat für die ersten fünf Monate des Jahres 2020 einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 5,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erhoben. Allein im Mai 2020 betrug der Rückgang im Vergleich zum Vormonat 13,5 Prozent. Exporte sanken um rund 30 Prozent, Importe um 35 Prozent.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf der [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

26. Juni 2020: Online-Format: Belarus vor den Wahlen

Im Rahmen des Expertengesprächs wurden die Auswirkungen der aktuellen Situation im Umfeld der Präsidentschaftswahlen in Belarus beleuchtet. Aus Sicht von politischen Think-Tanks, Wirtschaftsforschungsinstitutionen und Unternehmen wurden verschiedene Szenarien und Perspektiven im Nachgang der Wahl von rund 30 Teilnehmern diskutiert.

29. Juni 2020: Ukraine Wirtschaftstag in Kooperation mit dem Deutsch–Ukrainischen Forum

Die Konferenz zum 20-jährigen Jubiläum des Deutsch-Ukrainischen Forums in Berlin fand unter dem Titel „20 Jahre Deutsch-Ukrainisches Forum - Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland. Politik und Wirtschaft im Dialog“ statt. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie war dies das erste teils physische, teils virtuelle Treffen hochrangiger Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit Ukrainebezug. Der Veranstaltungsbericht findet sich [auf den Seiten des Ost-Ausschusses](#). Die Veranstaltung wurde ebenfalls aufgezeichnet und kann auf [Youtube](#) angesehen werden. In Berlin nahmen physisch rund 70 Personen teil.

29. Juni 2020: Der zweite Teil der Online-Serie zur belarussischen IT-Wirtschaft widmete sich mit rund 40 Teilnehmern dem Thema FinTech. Experten aus Deutschland und Belarus gaben einen Marktüberblick und diskutierten mit den teilnehmenden belarussischen Startups über Möglichkeiten des Markteintritts und für Kooperationen. Die Beiträge der bisherigen beiden Formate können auf der [Event-Website](#) abgerufen werden.

Kommende Veranstaltungen

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an zusätzlichen Onlineformaten, um Ihnen fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Weiterhin sind auch wieder erste Präsenzveranstaltungen in Planung.

9. September 2020: [Belarus als IT-Standort mit den Schwerpunkten Gesundheit, Finance und KI](#) (mehrteilige Online-Reihe); Schwerpunkt: e-health.

17. September 2020: Diplomacy meets Digitalization mit dem Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft – auf Einladung

30. September – 2. Oktober 2020: Delegationsreise Ukraine – **verschoben vom März 2020**

Zweite Jahreshälfte: Delegationsreise Aserbaidshan – **verschoben vom April 2020**

15. Oktober 2020: Deutsch-Armenischer Wirtschaftstag, Jerewan

10. November 2020: Wirtschaftsforum Östliche Partnerschaft im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Düsseldorf

Tipps & Links

Von der chinesischen Provinz Wuhan aus hat sich das neuartige **Coronavirus** seit Ende Dezember in bereits über 100 Länder ausgebreitet. Welche Bestimmungen die Partnerländer des OA erlassen haben, können Sie unserem Corona-Dossier entnehmen, das wir ständig aktualisieren. Dort finden Sie als pdf auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.oaev.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte wieder reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Übersicht zu den Maßnahmen der **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** in den Ländern der Östlichen Partnerschaft: <https://www.ebrd.com/news>

Informationen der **Europäischen Union** zu Unterstützungsmaßnahmen der Länder der Östlichen Partnerschaft: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_562

Der Think-Tank **Berlin Economics** veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien. Mitte Juli 2020 sind die neuesten Newsletter unter anderem zur Ukraine und zu Georgien erschienen: <https://www.german-economic-team.com>

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>

Deutsche Botschaft in Aserbaidschan
<https://baku.diplo.de/>

Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>

Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>

Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer Website, auf Facebook, Linkedin, Xing und bei Twitter.

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113 Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: S.Kaegebein@bdi.eu



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@bdi.eu

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.